

Koordinationskreis kirchlicher Arbeitsloseninitiativen  
Wiesenstr. 17, 52134 Herzogenrath

An den CDU Kreisverband  
Per Mail

Herzogenrath, 21. März 2024

Sehr geehrte/r Vertreter/in der CDU,

wir, der Koordinationskreis kirchlicher Erwerbsloseninitiativen, sind in großer Sorge, was ist denn in Ihrer Partei los?

Im Zentrum der christlichen Soziallehre stehen doch Solidarität, Nächstenliebe und Caritas. Christliche Werte, die in ihren Plänen zur neuen Grundsicherung nicht zu finden sind! Ausdruck eines christlichen Menschenbildes ist ein funktionierender Sozialstaat. Ihre Forderungen fördern jedoch die Spaltung der Gesellschaft.

Die Forderungen der neuen Grundsicherung propagieren ein völlig falsches Bild der erwerbslosen Menschen. Viele Menschen geraten in besondere Lebenslagen, die sie zwingen staatliche Leistungen wie die des Jobcenters in Anspruch nehmen zu müssen. Es wird Kinderreichen, Alleinerziehenden und Menschen, die in ihrer Erwerbsfähigkeit gesundheitlich eingeschränkt sind, fortlaufend öffentlich Faulheit und arbeitsscheu zu sein, unterstellt. Die Pläne stellen Grundsicherungsbeziehende unter Generalverdacht.

Es gibt nicht **den** arbeitslosen Menschen. Sie argumentieren jedoch so als ob alle nur mit Sanktionen in Arbeit getrieben werden könnten! Wobei die Einführung der Sanktionen bereits nach den letzten Haushaltsbeschlüssen bereits umfassend kritisiert wurden. Es gibt viele Stimmen aus der Soziallandschaft, die ihre Pläne ebenso kritisieren.

Die Chefin des Sozialverbands Deutschland, Michaela Engelmeier, nannte es »unsäglich«, dass mit der Debatte »wieder Vorurteile gegen Menschen im Grundsicherungsbezug geschürt werden«.

Harald Thomè, Referent für Sozialrecht, benennt ihre Pläne plakativ als »Zwangsarbeit, Verfolgungsbetreuung bis zu 100 % - Sanktionen und Abschaffung jeglicher Karenzzeiten.« Die geplanten Neuerungen würden, wenn sie so wie angekündigt durchgesetzt werden, sogar in Teilen verfassungswidrig sein. Es existiert das per Verfassung geschützte Existenzminimum!

**Kontakt:**

**Geschäftsführung:** Matthias Merbecks  
c/o Volksverein Mönchengladbach  
Geistenbecker Str. 107, 41199 Mönchengladbach  
Tel.: 02166 – 67116030  
Mail: [m.merbecks@volksverein.de](mailto:m.merbecks@volksverein.de)

**Referentin für Arbeitslosenarbeit im  
Bistum Aachen**

Nicole Wölke  
Wiesenstr. 17 – 52134 Herzogenrath  
Tel.: 02406 – 9558 14  
Mail: [n.woelke@nbh.de](mailto:n.woelke@nbh.de)

Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbandes VdK, kritisiert außerdem, die geforderte Herabsetzung der Grenze für Schonvermögen. »Dass die CDU auch alle Schutzbarrieren bei Wohnraum und Ersparnissen beseitigen will, ist eine Bedrohung gerade für ältere Arbeitnehmer und Selbstständige, die sich wegen der Transformation des Arbeitsmarktes neu orientieren müssen.« Das werde »gerade die treffen, die sich durch harte Arbeit etwas aufgebaut haben fürs Alter.«

Im Folgenden ein paar Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung:

Anders als vielfach behauptet, haben Menschen, die nur Bürgergeld beziehen, in jedem Fall weniger Geld zur Verfügung als Menschen, die arbeiten. Die Zahlen zeigen, dass es keinen Trend gibt, seine Arbeit zu quittieren um Bürgergeld zu empfangen.

Weniger als 32 Prozent der Leistungsberechtigten im Bürgergeld sind überhaupt arbeitslos. 2,2 Millionen erwerbsfähige Leistungsberechtigte sind arbeitsuchend, aber nicht arbeitslos. In dieser Gruppe sind Menschen, die einer nicht bedarfsdeckenden Erwerbstätigkeit nachgehen – oft in Teilzeit oder in Minijobs. Weitere Gründe sind die Erziehung von Kindern (vor allem bei Alleinerziehenden), die Pflege von Angehörigen, eine schulische, berufliche oder universitäre Aus- oder Weiterbildung oder eine vorübergehende Erkrankung.

Die Vielschichtigkeit der Problemlagen von Menschen im Bürgergeldbezug wird oftmals verkannt. Aktuelle Forschungsergebnisse des IAB von Jonas Beste und anderen legen außerdem nahe, dass es unter den Leistungsberechtigten nicht wenige Personen gibt, die zwar formal als erwerbsfähig gelten, dies aber aus gesundheitlichen Gründen allenfalls nur sehr eingeschränkt sind. Als weitere individuelle Arbeitsmarkthemmnisse erweisen sich ein höheres Lebensalter, Langzeitleistungsbezug, fehlende Berufsabschlüsse sowie schlechte Deutschkenntnisse – sowie für Frauen die Betreuung von Kindern. Bei 79 Prozent der Männer und 89 Prozent der Frauen liegen multiple Arbeitsmarkthemmnisse vor, welche die Chancen auf einen Übergang in Erwerbstätigkeit deutlich mindern.

Ein Ziel der Bürgergeldreform ist es, die Erwerbschancen von Menschen mit solchen Hemmnissen durch geeignete Förderung, beispielsweise über Qualifizierung, nachhaltig zu erhöhen. Denn in der Vergangenheit hat eine schnelle Vermittlung in den Niedriglohnsektor häufig nicht zu einer nachhaltigen Überwindung des Leistungsbezugs geführt. Forschungsergebnisse des IAB zeigen, dass der Erwerb von Teilqualifikationen die Chancen auf eine nachhaltige Beschäftigung deutlich verbessern.

**Kontakt:**

**Geschäftsführung:** Matthias Merbecks  
c/o Volksverein Mönchengladbach  
Geistenbecker Str. 107, 41199 Mönchengladbach  
Tel.: 02166 – 67116030  
Mail: [m.merbecks@volksverein.de](mailto:m.merbecks@volksverein.de)

**Referentin für Arbeitslosenarbeit im  
Bistum Aachen**

Nicole Wölke  
Wiesenstr. 17 – 52134 Herzogenrath  
Tel.: 02406 – 9558 14  
Mail: [n.woelke@nbh.de](mailto:n.woelke@nbh.de)

Was Friedrich Merz und sein Geschäftsführer Carsten Linnemann jetzt seit Wochen fast täglich an Unterstellungen und pauschalen Vorurteilen über Menschen in prekären Lebenslagen auskippen, ist zutiefst respektlos und dumm. Es ist eine Kampagne gegen die gesellschaftlich Unterprivilegierten.

Am meisten besorgt uns dabei, dass diese Herabsetzung armer Menschen in der Öffentlichkeit von den Führern einer Partei begangen wird, die für sich reklamiert, das christliche Menschenbild zu vertreten. Die fortlaufende Herabsetzung von Menschen in prekären Lebenslagen durch hemmungslose Demagogen ist auch ein Schlag in das Gesicht der Sozialarbeit in Deutschland. Ein Schlag in das Gesicht der Betroffenen und eine Diskreditierung derjenigen, deren täglicher Einsatz denen gilt, die in prekären Lebenslagen leben.

Die Politik von Friedrich Merz und Carsten Linnemann legt es gezielt darauf an, Arme, die in unserer Gesellschaft keine eigene politische Stimme haben, zu instrumentalisieren und zu diskreditieren, nicht nur um den Sozialstaat in Schutt und Asche zu legen, sondern um den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft zu zerstören. Dazu dürfen wir nicht schweigen.

Wir, der Koordinationskreis kirchlicher Erwerbsloseninitiativen, stehen für die Belange der Menschen ohne Arbeit, wir setzen uns dafür ein, dass Sie gehört werden. Wir stehen nach wie vor für Solidarität, Nächstenliebe und Caritas. Wir möchten weiter im Sinne der christlichen Ethik in einem funktionierenden Sozialstaat leben.

Wir appellieren an Sie, begeben sich auf Augenhöhe, hören zu und verzichten auf Verbreitung von Vorurteilen und Diffamierungen. Halten Sie die Gesellschaft zusammen und wenden sich vom rechten Spektrum ab. Hören Sie auf Debatten auf dem Rücken der Erwerbslosen auszutragen und solidarisieren sie sich.

Herzliche Grüße



Matthias Merbecks  
Sprecher des KoKreises



Manfred Körber  
Sprecher des KoKreises

**Kontakt:**

**Geschäftsführung:** Matthias Merbecks  
c/o Volksverein Mönchengladbach  
Geistenbecker Str. 107, 41199 Mönchengladbach  
Tel.: 02166 – 67116030  
Mail: [m.merbecks@volksverein.de](mailto:m.merbecks@volksverein.de)

**Referentin für Arbeitslosenarbeit im  
Bistum Aachen**

Nicole Wölke  
Wiesenstr. 17 – 52134 Herzogenrath  
Tel.: 02406 – 9558 14  
Mail: [n.woelke@nbh.de](mailto:n.woelke@nbh.de)